

Donald J. Trumps desaströse Präsidentschaft: Eine anhaltende Zerreißprobe für die US-Demokratie

Patrick Horst

In den frühen Bewertungen der Präsidentschaft Donald J. Trumps ist immer einmal wieder kontraintuitiv versucht worden, diese Präsidentschaft als eine ganz gewöhnliche darzustellen: Trump sei zwar »in Stil, Verfahren, Worten, Rhetorik und gemachten Versprechungen« ein höchst außergewöhnlicher Präsident, nicht aber mit Blick auf »Substanz, Politikinhalt, Taten, Handeln und gehaltene Versprechungen«. In dieser Hinsicht sei er ein ganz gewöhnlicher Präsident – »weitgehend konventionell, orthodox und konservativ«¹. Eine derart gekünstelte Trennung von Person und Präsidentenamt, von Regierungsstil und inhaltlicher Substanz, von Politics und Policy überzeugte schon zur Mitte der Amtszeit Trumps nicht²; zwei weitere Jahre, zwei gescheiterte, aber wohlbegründete Amtsenthebungsverfahren³ und einen gescheiterten Putsch des abgewählten Präsidenten später tritt die Unhaltbarkeit einer solchen Argumentation offen zutage. Stil und Substanz lassen sich nur schwer voneinander trennen. Wer in einem »Ober-Störenfried«⁴ (»disrupter-in-chief«) wie Trump einen ganz gewöhnlichen Präsidenten sehen möchte macht sich nicht nur etwas vor, sondern muss sich auch vorhalten lassen, die Verletzungen demokratischer Normen durch den Präsidenten zu beschönigen und dessen Spiel mit dem Feuer achselzuckend hinzunehmen.

Hier wird dagegen argumentiert, dass Trumps substantielle Leistungsbilanz von seinem »autoritären Charakter«⁵, seiner demagogischen Rhetorik und seinem despotisch-chaotischen Regierungsstil entscheidend bestimmt wird. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, dass auch unter einem Präsidenten Trump der politische Prozess in den USA auf

¹ Jon Herbert / Trevor McCrisken / Andrew Wrone, *The Ordinary Presidency of Donald J. Trump*, Cham 2019, S. 4. Etwas unentschieden zeigten sich – zweifelsohne dem frühen Zeitpunkt ihrer Bewertung geschuldet – Florian Böller / Markus B. Siewert, »100 Tage Donald J. Trump. Eine frühe Bewertung einer (außer)gewöhnlichen Präsidentschaft«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48, Nr. 2 (2017), S. 329–349.

² Vgl. Patrick Horst, *Halbzeitbilanz der Trump-Regierung. Innenpolitik – Außenpolitik – Demokratie*, Wiesbaden 2019.

³ Zum ersten Impeachment-Verfahren siehe Patrick Horst, »Die gescheiterte Amtsenthebung von Präsident Trump. Verfassungslage, Verfahren, Vorgeschichte und bilanzierender Vergleich«, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Dossier USA online, 23.6.2020, <https://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/310933/die-gescheiterte-amtsenthebung-von-praesident-trump> (Zugriff: 24.5.2021).

⁴ Richard S. Conley, *Donald Trump and American Populism*, Edinburgh 2020, S. 1–57.

⁵ Theodor W. Adorno, *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt am Main 1995.

vielen Feldern weiter in seinen gewohnten, mehr oder weniger geordneten Bahnen verlief. So sind auch unter dem 45. Präsidenten der USA Gesetze gemacht, ausgefertigt und vollzogen, Exekutivanordnungen erlassen und umgesetzt, freie Stellen in den Behörden und an den Gerichten besetzt sowie Pressekonferenzen abgehalten worden. Die Art und Weise, wie diese eigentlich normalen Dinge unter Trump abliefen, war aber fast immer abnormal – und wenn sie es einmal nicht war wie bei der Steuerreform 2017, der Strafrechtsreform 2018 oder den Coronavirus-Hilfspaketen 2020, dann war Trump daran allenfalls peripher beteiligt und gab im Wesentlichen nur seinen Segen dazu. Die Bedeutung Trumps liegt aus politikwissenschaftlicher Perspektive aber weniger in der relativ normalen Gesetzesproduktion des Kongresses unter seiner Ägide als in der demokratiezersetzenden Wirkung, die seine disruptiven Worte und Taten hatten und haben. Seine Präsidentschaft war eine »Zerreißprobe für die Demokratie«⁶, von der keineswegs sicher ist, ob diese Zerreißprobe schon zugunsten der Demokratie entschieden ist. Die Abwahl Trumps und das Scheitern des von ihm angezettelten Aufstands am 6. Januar 2021 waren Etappensiege in einem Kampf um die Demokratie, der mindestens solange weiter anhält, wie Trump in der Lage ist, den Kurs der Republikanischen Partei zu bestimmen.⁷

Die folgende Bilanz der Präsidentschaft Donald J. Trumps rückt Person, Rhetorik und Regierungsstil des Präsidenten in das Zentrum der Betrachtung, weil sich das Desaströse dieser Präsidentschaft vor allem an diesen drei Elementen erweisen lässt. Trumps Charakter, sein Kommunikations- und Regierungsstil waren für die Bilanz des Präsidenten wirkungsmächtiger als die institutionellen Rahmenbedingungen des Regierens, weshalb diese hier etwas in den Hintergrund treten. Ganz ausgeklammert werden können sie allerdings nicht, weil bestimmte Interessengruppen hinter Trumps Blendwerk durchaus mit einigem Erfolg ihre jeweils eigene Agenda verfolgten – Personalisierung als ablenkende Zuspitzung. Trotzdem machten Trumps Charaktermängel letztlich auch diese Erfolge größtenteils wieder zunichte, sodass seine politischen Errungenschaften bescheidener ausfielen als angepriesen, und die Fehlleistungen, die es in Trumps eigener Wahrnehmung gar nicht gab, dafür umso grandioser waren. Die Analyse beschränkt sich aus Platzgründen auf die Innenpolitik; da Trumps Charakter seine Präsidentschaft so stark bestimmte, fällt sie in der Außenpolitik aber nicht grundsätzlich anders aus.⁸ Seine beiden

⁶ Philipp Adorf / Patrick Horst, *Zerreißprobe für die Demokratie. Die Wahlen und der Regierungswechsel in den USA 2020/21*, Frankfurt am Main / New York 2021.

⁷ Vgl. Timothy Snyder, »Nach dem Putsch ist vor dem Putsch. Trumps große Lüge und der drohende Faschismus«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 66., Nr. 2 (2021), S. 59–69.

⁸ Siehe die vernichtende Bilanz bei Stephan Bierling, *America First. Donald Trump im Weißen Haus*, München 2020, S. 141–213.

allergrößten Fehlleistungen vollbrachte Trump im letzten Jahr seiner Präsidentschaft, indem er zunächst bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie eklatant versagte und dann im Angesicht der drohenden Niederlage bei der Präsidentschaftswahl zum Schlag gegen die Demokratie ausholte. Die Weigerung, seine Wahlniederlage zu akzeptieren und die Aufstachelung seiner Anhänger zum Sturm auf das Kapitol erbrachten den letzten Beweis, dass die amerikanische Demokratie über die Amtszeit Trumps hinaus im Krisenmodus verbleibt.⁹

1. Trumps autoritäre Persönlichkeit

Dieter Thomä hat schon kurz nach seinem Amtsantritt Präsident Trump in einem anregenden Aufsatz unter Rekurs auf Thomas Hobbes als einen »puer robustus«, einen »kräftigen Knaben« oder »starken Kerl« bezeichnet. Wer als Erwachsener auf dem Entwicklungsstand eines »kräftigen Knaben« stehengeblieben sei und dessen psychische Dispositionen an den Tag lege, erscheint Hobbes als das Synonym für einen »bösen Mann«. Beim idealtypisch gedachten Übergang vom anarchischen Naturzustand in den Gesellschaftsvertrag entscheide sich der »puer robustus« gegen die Regeltreue und für den Rechtsbruch, die Verwandlung vom »wilden Tier« in den »Menschen« scheitere. Diese Weigerung, sich der Staatsmacht und den gesellschaftlichen Konventionen zu unterwerfen, sei bei Hobbes, so die Lesart Thomäs, an zwei Bedingungen geknüpft: »Zum Ersten muss ein solcher Mensch so mächtig oder stark (robustus, kursiv i.O.) sein, dass er meint, seine Begierden auf Kosten und zum Schaden anderer durchsetzen zu können. Zum Zweiten – und vor allem – muss dieser Mensch einen ‚Mangel an Vernunft‘ aufweisen, also eben nur über einen ‚kindischen Sinn‘ ... verfügen«. Hobbes sehe den Störenfried ausschließlich negativ, seine Vorstellungswelt kenne nicht die positive Idee eines Störenfrieds, der einen faulen Frieden störe und dadurch der Gesellschaft einen Dienst erweise. Der »starke Kerl« erscheine als »ultimativer Störenfried der politischen Ordnung«¹⁰.

⁹ Vgl. bereits Patrick Horst, »Eine liberale Demokratie in der Krise. Die USA im Spiegel der Indizes empirischer Demokratiemessung und der Einstellungen ihrer Bürger«, in: Patrick Horst / Philipp Adorf / Frank Decker (Hrsg.), *Die USA – eine scheiternde Demokratie?*, Bonn 2019, S. 33–60. Alle einschlägigen Demokratieindizes – von Bertelsmann (SGI), EIU, Freedom House oder dem Göteburger V-Dem-Institut – diagnostizierten für die USA unter Trump ein anhaltendes »democratic backsliding«.

¹⁰ Dieter Thomä, »Der Präsident als puer robustus (kursiv i.O.). Donald Trump, Thomas Hobbes und die Krise der Demokratie«, in: *Leviathan* 45, Nr. 2 (2017), S. 154–179, alle Zitate S. 157 ff.

Im Anschluss an Hobbes und andere politische Theoretiker nach ihm entwickelt Thomä in seinem Aufsatz eine Typologie des Störenfrieds: Während der »egozentrische Störenfried« meine, seine Interessen oder seinen geschäftlichen Vorteil »ohne oder gegen die staatliche Ordnung maximieren zu können«, verfolge der »nomozentrische Störenfried« eine »größere gesellschaftliche Vision« und wolle »eine andere, bessere Ordnung« durchsetzen. Als Drittes gebe es noch den »exzentrischen Störenfried«. Er sei im Wesentlichen ein etwas ziel- und orientierungsloser Rebell, »dessen Abneigung gegen Regeln gar nichts mit blindem Eigeninteresse zu tun hat«. Der vierte Typus wird bei Thomä durch den »massiven Störenfried« repräsentiert. Er falle insofern aus der Reihe, als bei ihm »eine gestörte Störung« vorliege: »Für seine Hetze und Härte braucht er etwas, was dem Selbstbild des Störenfrieds eigentlich zuwiderläuft: den Schutz der Masse, in der er verschwindet und in deren Namen er handelt.«¹¹

Trump trage, so Thomä, Züge des egozentrischen wie des massiven Störenfrieds.¹² Sein egozentrisches Gesicht habe er zum Beispiel im Wahlkampf gezeigt, als er auf den Vorwurf Hillary Clintons, keine Einkommenssteuer bezahlt zu haben, geantwortet habe: »That makes me smart«. Der Trick in Trumps Reaktion bestehe darin, dass er den Vorwurf damit bestätige, ihn aber zugleich ins Positive wende. Die Regeln zu brechen, um einen maximalen persönlichen Vorteil zu erzielen, mache ihn in der Selbstwahrnehmung zu einem schlaunen Mann. Trump folge der Devise »Rules are for losers«, sein Weltbild ähnele sehr dem Hobbes'schen Naturzustand, in dem der Mensch als das böartigste aller Tiere erscheine und sich in einem permanenten Überlebenskampf befände. Trumps Sozialdarwinismus, seine Überzeugung, dass er ein »Killer«¹³ sein müsse, um zu überleben, dass Angriff die beste Verteidigung sei und nur Siege zählten, ist ihm – das sagen alle seine Biographen und von nah wie fern urteilende klinische Psychologen übereinstimmend – in der Kindheit von seinem Vater eingebläut worden. Die Haltung, dass nur die skrupellosesten Betrüger überleben, hat sein Geschäftsgebaren als New Yorker Immobiliencycoon, Celebrity und Showmaster genauso bestimmt wie sein Privatleben. Auf einen kurzen Nenner gebracht ging es ihm vor allem um die Sammlung von Trophäen: die Frauen mit dem »besten Körper«, die längste Stretch-Limousine, die höchsten Gebäude

¹¹ Ebenda, S. 159–163.

¹² Zum Folgenden ebenda, S. 164–169.

¹³ Bertram Eisenhauer, Sei ein Killer, sei ein König, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 2.10.2016, S. 11–13.

oder auch das Haus, das mit Geld nicht zu kaufen ist, nämlich das Weiße Haus – am besten alle mit seinem Namen versehen und vergoldet.¹⁴

Psychoanalytisch gesprochen könnte man Trump tatsächlich so sehen, wie auch er sich beschreibt: als »Killer« oder als »Tier«. Trump wird beinahe ungefiltert von seinem »Es«, seinen Trieben und Gelüsten, regiert. Weil ein »Über-Ich«, so etwas wie ein soziales Gewissen, bei ihm nicht existiert, trägt er auch so ein gigantisches und unbeschränktes Ego zur Schau. Was anderen peinlich wäre, weil es so grotesk ist, erscheint ihm als das Normalste der Welt: dass er der reichste, der schlaueste, der von allen am meisten geliebte, ja der von Gott auserwählte Mensch auf Erden sei. Gott war es auch, der ihm zum größten Dealmaker und zum größten »Arbeitsplatzbeschaffer« auf Erden gemacht habe. Als Trump im Oktober 2020 positiv auf das Coronavirus getestet wurde, meinte er in einer Videobotschaft an die Nation, dass Gott ihn mit dem Virus »gesegnet« habe, damit er es persönlich besiege. Er versprach, den ungetesteten Medikamentencocktail, den er eingenommen und der ihn geheilt habe, in Hunderttausenden Dosen kostenlos an das Volk zu verteilen.¹⁵ Es schien wieder einmal so, als hätte Trump, der in seinem Leben nie ein Buch gelesen hat, seinen Max Weber studiert, der unter Charisma »eine als außeralltäglich [...] geltende Qualität einer Persönlichkeit« verstand, »um derentwillen sie als mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem anderen zugänglichen Kräften oder Eigenschaften [begabt] oder als gottgesandt oder als vorbildlich und deshalb als ‚Führer‘ gewertet wird«¹⁶. Trumps »charismatische Autorität« beruhte nicht darauf, dass er über solche Zauberkräfte tatsächlich verfügte, sondern dass eine hinreichend große Anzahl von Anhängern und »Jüngern« an diese übermenschlichen Qualitäten in ihm glaubte und ihm deshalb ihre »affektuelle Hingabe« schenkte.¹⁷

Deutlich wird hier, dass die Anhänger Trumps in ihm nicht nur ein Ebenbild (er ist »einer von uns«) suchten und fanden, sondern auch ein Idealbild, einen Heiland. Es gebe Dinge,

¹⁴ Vgl. stellvertretend für die Biographen Michael D’Antonio, *Never Enough. Donald Trump and the Pursuit of Success*, New York 2015; für die aus der Nähe urteilende klinische Psychologin siehe das Buch der Nichte Donald Trumps Mary L. Trump, *Too Much and Never Enough. How My Family Created the World’s Most Dangerous Man*, New York 2020; für einen von fern urteilenden Philosophen, der sich die psychoanalytischen Kategorien Erich Fromms zunutze machte, vgl. Douglas Kellner, »Donald Trump as Authoritarian Populist: A Frommian Analysis«, in: Douglas Kellner, *American Nightmare. Donald Trump, Media Spectacle, and Authoritarian Populism*, Rotterdam 2016, S. 29–39.

¹⁵ Vgl. Maggie Haberman / Katie Thomas, »I think this was a blessing from God that I caught it‘, Trump says of the virus in a new video«, in: *New York Times* vom 7.10.2020, <https://www.nytimes.com/2020/10/07/us/trump-video-blessing-from-god.html> (Zugriff: 25.5.2021).

¹⁶ Zitiert bei Wilfrid Nippel, »Charisma und Herrschaft«, in: Wilfrid Nippel (Hrsg.), *Virtuosen der Macht. Herrschaft und Macht von Perikles bis Mao*, München 2000, S. 7–22, S. 7.

¹⁷ Ebenda, S. 7–12.

so ihre Wahrnehmung, die eben nur Trump für sie tun könne, weil nur er die dafür nötigen übernatürlichen, Superman-ähnlichen Kräfte habe¹⁸: das Virus besiegen, den Korruptionssumpf in Washington trockenlegen, die »fake news« in die Schranken weisen, die großartige Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen, der Wall Street Paroli bieten, Amerika wieder groß machen. Für seine Jünger und Anhänger ist Trump der »massive Störenfried«¹⁹, den es brauche, um die Kräfte des Bösen, welche die massiv gestörte Ordnung verteidigten, zu besiegen. Was der Psychoanalyse als Krankheitsbild gilt, erscheint dem glaubenden Kollektiv der Trump-Anhänger als Gottes Segen: der extrem narzisstische Mensch, der sich »nur für sich selbst interessiert, seine Begierden, seine Gedanken, seine Wünsche«, der »endlos über seine Ideen, seine Rolle, seine Pläne spricht« und dabei »alles besser weiß als jeder andere«²⁰. Auch die bösertige Aggression, die Brutalität und der Sadismus, die sich bei Trump zum Beispiel darin zeigen, dass ihm ein Sieg über den Gegner nicht reicht, sondern er ihn beinahe zwanghaft auch noch öffentlich demütigen muss, dürfte vom glaubenden Anhänger-Kollektiv eher nützlich als destruktiv und gefährlich wahrgenommen werden wie aus psychoanalytischer Perspektive.²¹ Das Pech für das glaubende Kollektiv ist auf lange Sicht nur, dass es nicht allein ein Idealbild anhimelt, sondern auch einem Trugbild aufsitzt. Der Superman in der Wirklichkeit überschätzt anders als derjenige im Comic seine Macht, weshalb er scheitern wird.²² Der echte Superman ist gar nicht Superman, sondern nur eine Attrappe, ein aufgeblasenes Super-Ego.²³

¹⁸ Vgl. auch schon Patrick Horst, »Wahlkampf in den USA: Der entfesselte, unmaskierte Präsident. Superman im aussichtslosen Kampf gegen das tödliche Virus«, in: regierungsforschung.de vom 27.10.2020, <https://regierungsforschung.de/wahlkampf-in-den-usa-der-entfesselte-unmaskierte-praesident/> (Zugriff: 25.5.2021).

¹⁹ Thomä, Präsident, aaO (FN 10), S. 166–169.

²⁰ Die Zitate scheinen zwar auf Trump zugeschnitten, entstammen aber einer Studie der Persönlichkeit Adolf Hitlers von Erich Fromm. Hier zitiert bei Kellner, *American Nightmare*, aaO (FN 14), S. 31.

²¹ In James David Barbers berühmter Typologie präsidentieller Charaktere (*The Presidential Character*, Englewood Cliffs 1972) wäre Trump wie Richard Nixon, Lyndon B. Johnson oder Woodrow Wilson dem »aktiv-negativen« Typus zuzurechnen. Vgl. Michael A. Genovese, »Trump's Personality Predicts Self-Inflicted Downfall«, in: *The PEP Report*, Spring 2017, S. 22–24.

²² Vgl. Thomä, Präsident, aaO (FN 10), S. 159.

²³ Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang, dass bei Trumps Wahlkampfauftritten im Publikum und auch bei der Erstürmung des Kapitols immer wieder Anhänger im Superman-Kostüm auftraten. Trump soll selbst auch erwogen haben, sich nach seiner Entlassung aus dem Walter-Reed-Krankenhaus öffentlich das Hemd vom Leib zu reißen und im Superman-Kostüm zu posieren. Vgl. Brooke Seipel, »Rally crowd chants 'Superman' after Trump talks coronavirus recovery«, in: *The Hill* vom 19.10.2020, <https://thehill.com/homenews/campaign/521787-rally-crowd-chants-superman-after-trump-talks-coronavirus-recovery>; Danielle Kurtzleben, »Macho Politics Defined Trump's Presidency, Culminating With Capitol Riot«, in: National Public Radio vom 18.1.2021, <https://www.npr.org/2021/01/18/957617150/macho-politics-defined-trumps-presidency-culminating-with-capitol-riot> (Zugriff: jeweils 25.5.2021).

2. Trumps demagogische Rhetorik

Trump's öffentliche Kommunikation und Rhetorik war und ist von seiner privaten nicht zu unterscheiden, was die Analyse relativ einfach macht. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als der ziemlich unvermittelte und unverfälschte Ausfluss seiner autoritären Persönlichkeit. Dies beginnt damit, dass Trump schon als Kandidat und genauso als Präsident großen Wert darauflegte, spontan und improvisiert («unscripted») zu erscheinen.²⁴ Er war es auch tatsächlich bis zu einem gewissen Grad, wich immer wieder von seinen Redemanuskripten ab, ließ sich gerne in Pressekonferenzen provozieren, um dann zum Gegenschlag ansetzen zu können. Auch genoss er es, Reporterfragen in scheinbar spontanen und dynamischen Settings – auf dem Rasen des Weißen Hauses, vor knatternden Hubschrauber-Rotoren, auf dem Rollfeld oder im Hangar eines Flughafens – entgegenzunehmen und seine Standpunkte über Lärm oder andere Widerstände hinweg hinauszuschreien.

Einer seiner »Lieblingsfeinde« und die personifizierte »fake news« war der CNN-Reporter Jim Acosta. Als dieser ihn in einer denkwürdigen Pressekonferenz nach den Halbzeitwahlen 2018 mit bohrenden Nachfragen zur Einwanderungspolitik und zur Russland-Untersuchung von Sonderberater Robert Mueller nervte, ließ er ihm sogar für kurze Zeit die Akkreditierung entziehen – revidierte die Entscheidung aber nach Presseprotesten wieder.²⁵ So sehr Trump die Qualitätsmedien als »fake news« verabscheute, so symbiotisch war seine Beziehung zu ihnen. Letztlich brachten sie und sein »Propagandasender« Fox News²⁶ – der wahre Verbreiter von »fake news«²⁷ – ihn ins Amt, weil sie seiner Kandidatur kostenlose Aufmerksamkeit («free media») in einem Maße verschafften wie keinem

²⁴ Vgl. Kathleen Hall Jamieson / Doron Taussig, »Disruption, Demonization, Deliverance, and Norm Destruction: The Rhetorical Signature of Donald J. Trump«, in: *Political Science Quarterly* 132, Nr. 4 (2017), S. 620–623.

²⁵ Vgl. Manuela Nyffenegger, »Das Weiße Haus erlässt nach dem Streit mit CNN neue Presseregeln«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 19.11.2018, <https://www.nzz.ch/international/das-weisse-haus-gibt-im-streit-mit-dem-cnn-reporter-nach-ld.1437911> (Zugriff: 25.5.2021); Jan Philipp Burgard, Ein Leben als Feind – Das Weiße Haus im Kampf gegen die Medien, in: Horst et al. (Hrsg.), USA, aaO (FN. 9), S. 221–233.

²⁶ Vgl. Jane Mayer, »The Making of the Fox News White House«, in: *The New Yorker* vom 11.3.2019, <https://www.newyorker.com/magazine/2019/03/11/the-making-of-the-fox-news-white-house>; Jonathan Mahler / Jim Rutenberg, »How Rupert Murdoch's Empire of Influence Remade the World«, in: *The New York Times Magazine* vom 3.4.2019, <https://www.nytimes.com/interactive/2019/04/03/magazine/rupert-murdoch-fox-news-trump.html> (Zugriff: 25.5.2021).

²⁷ Dazu Horst, Halbzeitbilanz, aaO (FN 2), S. 33–36.

seiner Mitbewerber.²⁸ Im Präsidentenamt angekommen, waren sie dann seine Lebensversicherung, weil den Qualitätsmedien als »Feinden des Volkes nicht geglaubt werden konnte und Fox News »alternative Fakten« anbot. Trump konnte noch so viel Unheil anrichten – für seine Anhänger waren alle investigativ zutage geförderten Missstände nicht mehr als die größte »Hexenjagd« der Geschichte.²⁹

Eine frühe, bereits nach einhundert Tagen im Präsidentenamt unternommene Untersuchung fand neben der scheinbaren Spontaneität und Authentizität weitere rhetorische Signaturen Trumps in seiner manichäischen Weltsicht, der Missachtung wissenschaftlicher Evidenz, der Rechenschaftsverweigerung und der Verachtung von Institutionen sowie präsidentiellen Verhaltensnormen.³⁰ Dieser Befund kann für die gesamte Amtszeit Trumps und darüber hinaus Geltung beanspruchen. Es bedarf kaum der Begründung, dass dies auch die Argumentations- und Ausdruckformen autoritärer Persönlichkeiten sind. Die Aufteilung der Welt in Gut und Böse, Schwarz und Weiß springt uns aus allen maßgeblichen Gedankenfiguren Trumps entgegen. Der Niedergang Amerikas, von Trump in seiner Inaugurationsrede in den schwärzesten Farben gemalt (»American carnage«) kontrastiert mit der Erlösung (»Make America Great Again«), die nur er – »I alone can fix it« – liefern kann. Auch in Trumps Anfälligkeit für Verschwörungstheorien manifestiert sich diese manichäische Sichtweise auf die Welt, wonach böse Kräfte hinter den Kulissen das Gute bekämpften: Präsident Barack Obama, der den Trump-Tower abhöre; amerikanische Muslime, die den 9/11-Anschlag feierten; Bill und Hillary Clinton, die hinter dem Suizid von Investmentbanker Jeffrey Epstein stünden; linke Demokraten und »schwache« Republikaner, die Trump den Wahlsieg 2020 klauten.³¹

Eigentlich immer fehlt es bei Trump an Differenzierungen und Schattierungen. Nicht einige wenige Politiker seien korrupt, sondern die gesamte politische Elite. Nicht einzelne Muslime verübten Terroranschläge (Islamisten), sondern alle seien Terroristen, deshalb »islamischer Terrorismus«. Auch alle Demokraten seien »linksradikale Sozialisten«, nicht nur Bernie Sanders, Alexandra Ocasio-Cortez oder einige Antifa- und Black-Lives-Matter-Gruppen. Eng verbunden mit seinem Schwarz-Weiß-Denken sind Trumps maßlose Übertreibungen: ISIS werde nicht nur besiegt, sondern »schnell und effektiv«: der

²⁸ Siehe Patrick Horst, »Die populistische Revolte in den USA – Donald Trump und die Zukunft der Republikanischen Partei in den USA«, in: *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 65, Nr. 2 (2016), S. 157–158.

²⁹ Vgl. Katy J. Harriger, »'Witch Hunts' and the Rule of Law: Trump, the Special Counsel, and the Department of Justice«, in: *Presidential Studies Quarterly* 50, Nr. 3 (2020), S. 176–192.

³⁰ Vgl. Jamieson / Taussig, *Disruption*, aaO (FN 24), S. 619–650.

³¹ Vgl. Roderick P. Hart, »Donald Trump and the Return of the Paranoid Style«, in: *Presidential Studies Quarterly* 50, Nr. 2 (2020), S. 348–365.

»totale Sieg«. Übertreibungen sind unausweichlich, wenn Trump über sich und seine Fähigkeiten spricht: Niemand baue Mauern besser als er, niemand kenne das korrupte politische System besser als er – und nur er allein könne es deshalb reparieren; niemand sei ein besserer Präsident als er – und Obama »der schlechteste« von allen. Auch die Dämonisierung des politischen Gegners ist in das manichäische Weltbild einzuordnen: »Low Energy« Jeb Bush, »Crooked Hillary« Clinton, »Lying Ted« Cruz, »Little Marco« Rubio, »Pocahontas« Elizabeth Warren oder die »Loser« John McCain (weil er sich im Vietnam-Krieg gefangen nehmen ließ) und Mitt Romney (weil er die Präsidentschaftswahl 2012 mit Anstand verlor).³² Trump reicht der Sieg allein nicht, er hat das unstillbare Bedürfnis eines Sadisten, seine Kontrahenten öffentlich zu demütigen und sie zu »essentialisieren«: Ted Cruz hat nicht diese oder jene Lüge erzählt, sondern er sei im Kern verlogen, Hillary Clinton im Kern korrupt.³³ Liz Cheney, die Nummer drei der Republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus, kritisierte er als »schwach«, nachdem sie Trump für seinen Putsch scharf kritisiert und für die Anklage im Amtsenthebungsverfahren gestimmt hatte. Als sie dann von der Fraktion ihres Amtes enthoben worden war, legte er nach: sie sei ein »bitterböser, schrecklicher Mensch«³⁴.

Ein maßloser Aufschneider wie Trump nimmt es mit der Wahrheit beziehungsweise den evidenzbasierten Fakten nicht so genau – dieses Phänomen ist so oft festgestellt worden, dass man sich scheut, es ein weiteres Mal zu tun. Trumps Präsidentschaft hat einen neuen Berufszweig im Journalismus auf den Plan gerufen, den »fact checker«. Immer wenn der Präsident angebliche Fakten zur Untermauerung seiner Position anführte, musste und konnte davon ausgegangen werden, dass er sie in seinem Interesse verfälscht hatte. Das betraf Arbeitslosenstatistiken genauso wie Wettervorhersagen (Hurrikan »Dorian« im September 2019) oder wissenschaftliche Expertisen von Klimaforschern und Virologen. Man mag das belächeln und mit einem Achselzucken abtun, weil man es ja besser weiß – die systematisch von höchster staatlicher Stelle betriebene Wahrheitsverdrehung wird aber zu einem Problem, weil es viele Bürger eben nicht besser wissen und es ihnen auch nicht zugemutet werden kann, die Informationen von staatlicher Seite ständig auf ihre Richtigkeit hin überprüfen zu müssen. Eine solche Überforderung erschüttert den Staat

³² Vgl. Jamieson / Taussig, *Disruption*, aaO (FN 24), S. 623–626.

³³ Vgl. George C. Edwards III, »The Bully in the Pulpit«, in: *Presidential Studies Quarterly* 50, Nr. 2 (2020), S. 286–324, S. 287.

³⁴ Zitiert bei Oliver O’Connell, » ‘A bitter horrible human being’: Trump slams Liz Cheney in gloating statement as she loses leadership role«, in: *The Independent* vom 13.5.2021, <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-politics/liz-cheney-trump-vote-out-b1846297.html> (Zugriff: 25.5.2021).

in seinen Grundfesten. Die systematischen Desinformationskampagnen waren insofern vielleicht das zentrale Element der Trump-Präsidentschaft, weil sie Trump nicht nur überhaupt erst ins Präsidentenamt brachten³⁵, sondern dann auch sein wichtigstes Instrument waren, um aus dem Präsidentenamt heraus den Angriff auf die Institutionen der liberalen Demokratie zu führen.

Nirgends wurde dies deutlicher als in der Coronaviruspandemie und der Kampagne des abgewählten Präsidenten, den Wahlsieg Joe Bidens nicht anzuerkennen (»Stop the Steal«). Das Coronavirus leugnete Trump zunächst als »chinesische Falschmeldung« (»Chinese hoax«) ganz, dann spielte er es als »chinesisches Virus« herunter. Bob Woodward enthüllte zwei Monate vor der Wahl, dass Trump dies aus wahlstrategischen Motiven absichtlich getan habe, obwohl er über die tödliche Gefahr schon seit dem 7. Februar 2020 informiert gewesen sei.³⁶ Nicht in den Sinn schien Trump gekommen zu sein, dass er damit die effektive Bekämpfung der Pandemie aus dem Weißen Haus heraus boykottierte und dies im Ergebnis Menschenleben kosten würde. Hier kam eine weitere rhetorische Signatur Trumps ins Spiel: die beharrliche Zurückweisung und Flucht vor politischer Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht.³⁷ Für das Virus und seine Folgen machte er wahlweise China, Europa, die Gouverneure Demokratisch regierter Einzelstaaten oder Anthony Fauci, den weltweit renommierten Infektionsschutzexperten seiner Regierung verantwortlich, nicht aber sich selbst. Öffentlich bekümmerte es Trump nicht, dass bei einer frühzeitigen, entschlossenen Reaktion auf das Virus Stand Oktober 2020 mindestens 60 Prozent der bis dahin 224.000 Toten laut einer Studie renommierter Gesundheitsforscher hätte gerettet werden können.³⁸ Der einzig schwache Trost ist, dass immerhin die Mehrheit der Wähler am 3. November wusste, wen sie zur Rechenschaft zu ziehen hatte; dies bringt aber keines der fahrlässig aufs Spiel gesetzten Menschenleben zurück.

³⁵ Vgl. dazu Robert S. Mueller III, *Report on the Investigation into Russian Interference in the 2016 Presidential Election*, U.S. Department of Justice, Washington D.C. 2019; sowie den fünfbandigen Bericht des U.S. Senate Select Committee on Intelligence, *Russian Active Measures Campaigns and Interference in the 2016 U.S. Election*, S-Rept. 116-290, 10.11.2020.

³⁶ Vgl. Arno Widmann, »Bob Woodward in Rage: ‚Trump ist der falsche Mann für den Job‘, in: Frankfurter Rundschau vom 30.9.2020, <https://www.fr.de/kultur/literatur/donald-trump-bob-woodward-rage-usa-anthony-fauci-george-floyd-jared-kushner-corona-epidemie-praesident-90056415.html> (Zugriff: 25.5.2021); Bob Woodward, *Rage*, New York 2020.

³⁷ Vgl. Jamieson / Taussig, aaO (FN 24), S. 631–635.

³⁸ Vgl. Irwin Redlener / Jeffrey D. Sachs / Sean Hansen / Nathaniel Hupert, »130,000 – 210,000 Avoidable Covid-19 Deaths – and Counting – in the U.S.«, National Center for Disaster Preparedness, Columbia University, New York, 21. Oktober 2020.

Auch die Weigerung des abgewählten Präsidenten, seine Wahlniederlage zu akzeptieren, gehört in diesen Zusammenhang. Sie kündigte sich sehr früh im Wahljahr mit haltlosen, durch keine Evidenz belegten Behauptungen an, dass die Briefwahl zu massivem Wahlbetrug führen würde. Weil die Pandemie es vielen Bürgern zu gefährlich oder unmöglich machte, die Wahllokale aufzusuchen, waren die Einzelstaaten bereits im Laufe der Vorwahlen im Frühjahr 2020 dazu übergegangen, die Briefwahl und das vorzeitige Wählen zu erleichtern. Dies geschah vielfach unabhängig davon, ob in einem Staat die Demokraten oder die Republikaner die Staatenhäuser und das Gouverneursamt kontrollierten. Trump aber fühlte sich instinktiv benachteiligt und behauptete, dass Republikaner nie mehr eine Wahl gewinnen würden, wenn es zu einem weiteren Ausbau der Briefwahl komme. Er scheute selbst davor nicht zurück, den Einzelstaaten via Twitter mit dem Stopp föderaler Hilfszahlungen zur Bekämpfung des Coronavirus zu drohen, sollten sie den Wählern von sich aus und nicht auf Antrag Briefwahlunterlagen zusenden. In der ersten TV-Debatte warnte Trump vor 70 Millionen Zuschauern, dass es zu einem Betrug kommen werde, wie man ihn noch nie gesehen habe. Für diesen Fall sollten sich die »Proud Boys«, eine neofaschistische, chauvinistische Männer-Gruppierung, die bei Rednern der rechten Szene oft als Sicherheitsdienst auftritt, als Wahlbeobachter bereithalten. Die »Proud Boys« sollten dann am 6. Januar 2021 beim Sturm auf das Kapitol neben anderen rechtsextremen Milizen wie den »Oath Keepers« eine zentrale Rolle spielen.³⁹ Für diesen Anschlag auf das Herz der amerikanischen Demokratie, der fünf Menschen das Leben kostete und zahlreiche Kongressmitglieder um ihr Leben fürchten ließ, wies Trump wie gewohnt jede Verantwortung von sich. Dabei war es für jeden halbwegs aufmerksamen Nachrichtenkonsumenten offensichtlich, dass er den Aufruhr mit seiner »zunehmend verzweifelten, lügnerischen und verwirrten Kampagne«⁴⁰, das Wahlergebnis durch einzelstaatliche Legislativen, Wahlbehörden, Gerichte, den Kongress und schließlich selbst Vizepräsident Mike Pence zu kippen, aufgestachelt hatte. Trotz der offensichtlichen, von allen maßgeblichen Instanzen bestätigten Beweislage, dass Biden die Wahl rechtmäßig gewonnen hatte, entschieden sich am 6. und 7. Januar 2021 zwei Drittel der Republikaner im Repräsentantenhaus und acht von 50 der Republikanischen Senatoren dafür, das Wahlergebnis nicht zu zertifizieren. Im wenig später vom Repräsentantenhaus eingeleiteten zweiten Amtsenthebungsverfahren gegen Trump schlossen sich nur zehn

³⁹ Vgl. Adorf / Horst, Zerreißprobe, aaO (FN 6), S. 137–143 und 195–207.

⁴⁰ Gary C. Jacobson, »Donald Trump's Big Lie and the Future of the Republican Party«, in: *Presidential Studies Quarterly*, Early View, 15.4.2021, DOI: 10.1111/psq.12176, S. 1.

Republikanische Abgeordnete (darunter Liz Cheney) der Anklage der »Aufstachelung zum Aufruhr« an. Einen Monat später – Trump war bereits nicht mehr im Amt, hätte aber mit einer Verurteilung von künftigen Kandidaturen für öffentliche Ämter ausgeschlossen werden können – sprachen 43 der 50 Republikaner im Senat ihn im Amtsenthebungsverfahren frei. Zu welchem strategischen Spagat sie sich dabei gezwungen sahen, verdeutlichte die haarspalterische Argumentation des Republikanischen Mehrheitsführers Mitch McConnell. Einerseits warf er Trump »ein schändliches Pflichtversäumnis« vor, andererseits nahm er für die Republikanischen Senatoren in Anspruch, mit dem Freispruch ihrer »verfassungsmäßigen Pflicht« gefolgt zu sein.⁴¹ Diese Behauptung gründete er auf das von vielen Verfassungsrechtlern angezweifelte Argument, dass Amtsträger nach dem Ende ihrer Amtszeit nicht mehr angeklagt und verurteilt werden könnten.⁴²

3. *Trumps despotisch-chaotischer Regierungsstil*

Trumps demagogische Rhetorik hatte handfeste Folgen für sein Regierungshandeln, im Grunde bestand es aus Norm- und Gesetzesbrüchen. Der groteske »Selbst-Coup« Trumps vom 6. Januar 2021 war nur der symbolträchtige Gipfelpunkt der vielen Ereignisse, in denen dies während der Präsidentschaft offenkundig wurde. Umso erstaunlicher mag beim Blick zurück die Tatsache erscheinen, dass anfangs viele noch die Auffassung hegten, der Präsident ließe sich im Amt zähmen und einhegen. Selbst engste Berater äußerten die Einschätzung, dass Trump mit der Psyche eines bockigen Kleinkindes ausgestattet sei. Dennoch traten die vielbeschworenen »Erwachsenen im Raum«, anfangs häufig Generäle⁴³, ihre Position in der Regierung mit der Zuversicht an, das »Ober-Kleinkind« (»Toddler in Chief«⁴⁴) in Trump zum Präsidenten erziehen zu können. Gelegentlich sollten sie tatsächlich erfolgreich Schlimmeres verhindern, früher oder später mussten sie

⁴¹ McConnell on Impeachment, »‘Disgraceful Dereliction’ Cannot Lead Senate to ‘Defy Our Own Constitutional Guardrails’«, Pressemitteilung vom 13.2.2021, ausführlich zitiert bei Adorf / Horst, Zerreißprobe, aaO (Fn. 6), S. 232–233.

⁴² Der Ansicht, dass eine solche Anklage sehr wohl auch noch nach dem Ausscheiden aus dem Amt möglich ist, sind zum Beispiel Keith E. Whittington, »Can a Former President Be Impeached and Convicted?«, in: *Lawfare Blog* vom 25.1.2021, <https://www.lawfareblog.com/can-former-president-be-impeached-and-convicted>; Brian C. Kalt, »The Constitutional Case for the Impeachability of Former Federal Officials: An Analysis of the Law, History, and Practice of Late Impeachment«, in: *Texas Review of Law and Politics* 6, <https://ssrn.com/abstract=286277> (Zugriff: 25.6.2021).

⁴³ Vgl. Peter Bergen, *Trump and His Generals: The Cost of Chaos*, New York 2019.

⁴⁴ Daniel W. Drezner, *The Toddler in Chief. What Donald Trump Teaches Us About the Modern Presidency*, Chicago 2020.

jedoch einsehen, dass sie gescheitert waren. So hielt Verteidigungsminister Jim Mattis Trump zu Beginn seiner Amtszeit von Militärschlägen auf den Iran und auch von einem überstürzten Rückzug aus Syrien ab, solange ISIS noch nicht besiegt war. Am Ende aber setzte der Präsident seinen Willen durch, zog sich aus Syrien zurück und überließ das Feld dem russischen, türkischen und syrischen Diktator. Mattis trat aus Protest zurück.⁴⁵ Vor Mattis mussten bereits zwei weitere Generäle erkennen, dass sie Trump nicht wirksam einhegen konnten: im März 2018 entließ Trump seinen nationalen Sicherheitsberater Herbert Raymond McMaster per Tweet; Anfang Dezember 2018 kündigte John F. Kelly seinen Rückzug vom Posten des Stabschefs an.⁴⁶

Robert J. Spitzer hat argumentiert, dass der Schlüssel zum Verständnis Trumps in fünf Regeln zusammengefasst werden kann: »Regel eins: Donald Trump tut genau das, was er tun will. Regel zwei: Das Gesetz bedeutet Trump nichts. Regel drei: Geld verdienen ist das Wichtigste in Trumps Leben. Regel vier: Die Wahrheit ist eine austauschbare und entbehrliche Ware. Regel fünf: Trump kümmert sich nicht um Politikinhalt.«⁴⁷ Anhand dieser fünf Regeln lässt sich Trumps Regierungsstil tatsächlich erschöpfend beschreiben. Man könnte sogar argumentieren, dass die erste Regel ausreicht, weil aus ihr alles andere erwächst. Trump hat Regel eins mehrfach selbst wörtlich formuliert; seiner Auffassung nach gibt ihm Artikel II der US-Verfassung »das Recht zu tun, was immer ich will«⁴⁸. In der Personalpolitik gibt ihm diese eklatant falsche Interpretation des zweiten Verfassungsartikels angeblich das Recht, einzustellen, zu entlassen und zu begnadigen, wen immer er will. So ernannte Trump zum Beispiel seinen Sohn Donald Jr., seine Tochter Ivanka und seinen Schwiegersohn Jared Kushner zu Top-Beratern in flagranter Verletzung des »Anti-Nepotismus-Gesetzes« von 1967, das dem Präsidenten die Ernennung von Verwandten für Behörden unter seiner Leitung untersagt.⁴⁹

Wer Trumps erste Regel missachtete, musste damit rechnen, nicht lange der Entourage des Präsidenten anzugehören. Schon zur Halbzeitbilanz wurde festgestellt, dass Trumps

⁴⁵ Vgl. Helene Cooper, »Jim Mattis, Defense Secretary, Resigns in Rebuke of Trump's Worldview«, in: *The New York Times* vom 20.12.2018, <https://www.nytimes.com/2018/12/20/us/politics/jim-mattis-defense-secretary-trump.html> (Zugriff: 25.5.2021).

⁴⁶ Vgl. Horst, Halbzeitbilanz, aaO (FN 2), S. 27–30.

⁴⁷ Robert J. Spitzer, »Conclusion: The Five Rules of Trump«, in: Charles M. Lamb / Jacob R. Neiheisel (Hrsg.), *Presidential Leadership and the Trump Presidency: Executive Power and Democratic Government*, Cham 2020, S. 151–168, S. 151.

⁴⁸ Siehe dazu das folgende Video: »All the times Trump said the Constitution lets him do whatever he wants«, in: *Washington Post* vom 24.7.2019, https://www.washingtonpost.com/video/politics/all-the-times-trump-said-the-constitution-lets-him-do-whatever-he-wants/2019/07/24/10bc7309-92f2-4886-a65a-e6738b13380b_video.html (Zugriff: 25.5.2021).

⁴⁹ Vgl. Spitzer, Conclusion, aaO (FN 47), S. 153.

Umschlag an Personal Rekordniveau erreicht hatte: von seinen 24 Ministern waren bis Ende 2018 etwas mehr als die Hälfte (13), von seinen 65 engsten Beratern zwei Drittel ausgetauscht worden.⁵⁰ Über die komplette Dauer der Präsidentschaft hielten überhaupt nur sechs Berater im Kabinettsrang durch: Vizepräsident Mike Pence, Finanzminister Steven Mnuchin, Handelsminister Wilbur Ross, Gesundheitsminister Ben Carson, Landwirtschaftsminister Sonny Perdue und der Handelsbeauftragte Robert Lightizer. Die restlichen 18 wurden »gefeuert« oder gingen freiwillig, auf manchen Positionen wurden zwei und mehr Personen verschlissen. Über die gesamte Amtszeit Trumps hinweg kam es zu 24 Rücktritten oder Entlassungen von Beratern im Kabinettsrang, wobei die große Mehrzahl der geschäftsführenden Minister (»acting secretaries«) noch nicht einmal mitgezählt worden ist.⁵¹ In vier Jahren wechselte Trump 60 der 65 engsten Berater des sogenannten »A-Teams« (92 Prozent) aus. 27 der 60 Positionen (45 Prozent) wurden von ihm mindestens zweimal neu besetzt. Zum Vergleich: Von Reagan bis Obama tauschten die Präsidenten im Durchschnitt zwischen 60 und 80 Prozent ihres »A-Teams« aus.⁵² Symptomatisch war demgegenüber, dass alle Familienmitglieder Trumps von Anfang bis Ende dem Beraterstab angehörten. Sie kannten das oberste Gesetz des Trump-Imperiums, kamen ihrem Familienpatriarchen nicht in die Quere und schenkten ihm die Bewunderung, die er verlangte.

Ein wiederkehrendes Thema in Trumps Präsidentschaft war die häufige Ernennung geschäftsführender Minister (»acting secretaries«): »Ich mag geschäftsführend«, hatte der Präsident einmal in seiner unbeholfenen Ausdrucksweise erklärt, »es gibt mir mehr Flexibilität«⁵³. Der Grund ist offensichtlich: Geschäftsführende Minister müssen nicht vom Senat bestätigt werden. Während die Präsidenten von Carter bis Obama durchschnittlich 30 Prozent ihrer Kabinettsmitglieder auf geschäftsführender Basis beschäftigten, waren dies bei Trump in den ersten drei Jahren etwas mehr als die Hälfte. Bereits nach drei Jahren hatte Trump mehr geschäftsführende Minister ernannt als Clinton, George W. Bush oder Obama in acht Jahren.⁵⁴ Das wahre Ausmaß des Missbrauchs erschließt sich

⁵⁰ Vgl. Horst, Halbzeitbilanz, aaO (FN 2), S. 29 f.

⁵¹ Recherchen im Wikipedia-Eintrag »Cabinet of Donald Trump«. Von den zahlreichen geschäftsführenden Beratern im Kabinettsrang wurden nur Stabschef Mick Mulvaney (amtierte vom 2. Januar 2019 bis zu seiner Entlassung am 31. März 2020) und Heimatschutzminister Chad Wolf (13. November 2019 bis zu seinem Rücktritt am 11. Januar 2021) aufgrund ihrer unverhältnismäßig langen Führung der Geschäfte gewertet.

⁵² Vgl. Kathryn Dunn Tenpas, *Tracking Turnover in the Trump Administration*, Brookings Report, Washington D.C. 2021.

⁵³ Zitiert bei Bob Bauer / Jack Goldsmith, *After Trump. Reconstructing the Presidency*, Washington D.C. 2020, S. 320.

⁵⁴ Vgl. ebenda.

jedoch erst beim Blick in den »Federal Vacancies Reform Act« von 1998, der die Ernennung geschäftsführender Minister im Wesentlichen an zwei Voraussetzungen knüpft. Zum einen dürfen nur bestimmte Personen – nämlich der stellvertretende Behördenleiter, ein leitender Beamter der Behörde oder eine Person, die bereits vom Senat ernannt worden ist – ernannt werden, zum anderen dürfen die Ernennungen nur für die Zeit von maximal 210 Tagen erfolgen oder aber solange, wie eine erste oder zweite Nominierung für die Position vor dem Senat anhängig ist.⁵⁵ Trump ernannte wiederholt Personen zu geschäftsführenden Behördenleitern, die nicht berechtigt oder deren Berechtigung umstritten war und die auch nicht über die nötige Qualifikation für die Stelle verfügten. Und er hielt viele geschäftsführende Behördenchefs länger im Amt, als es zulässig war.⁵⁶

Dem Alleinherrscher der Trump-Organisation gänzlich fremd war die Idee, dass er sich auch bei Entlassungen an Regularien oder Normen zu halten hätte. Besondere Sensibilität wird von einem Präsidenten gegenüber dem Justizministerium, den nationalen Sicherheitsbehörden und den zwar in der Exekutive angesiedelten, aber aufgrund ihres internen Kontrollauftrags mit einer größeren Unabhängigkeit ausgestatteten Aufsichtsbehörden erwartet. Trump konnte diese Norm nie akzeptieren; wenige Wochen nach Amtsantritt wollte er bereits Justizminister Jeff Sessions entlassen, weil dieser sich wegen Befangenheit aus der laufenden Ermittlung über die Einmischung Russlands in den Wahlkampf zurückgezogen hatte. Trump hielt sich in diesem Fall einmal ausnahmsweise an den Rat seiner Mitarbeiter und entließ Sessions bis zur verlorenen Halbzeitwahl im November 2018 nicht. Anstelle Sessions‘ feuerte Trump am 9. Mai 2017 FBI-Direktor James Comey, nachdem dieser sich nicht nur geweigert hatte, Trumps ersten nationalen Sicherheitsberater Michael Flynn laufen zu lassen, sondern auch nicht öffentlich bezeugen wollte, dass gegen Trump im Zusammenhang mit der Russland-Konspiration nicht ermittelt werde. Wie er später selbst eingestand, lag der Grund für die Entlassung darin, dass er »wegen Russland unter großem Druck stand. Das hat sich gelegt«⁵⁷. Comeys Freistellung war ein klarer Fall von Obstruktion der Justiz und somit ein Vergehen, das zur Amtsenthebungsklage berechtigt hätte.

⁵⁵ Vgl. Valerie C. Brannon, *The Vacancies Act: A Legal Overview*, CRS Report, Washington D.C., 28.5.2020, S. 10–12.

⁵⁶ Vgl. Bauer / Goldsmith, *After Trump*, aaO (FN 53), S. 320–325; Anne Joseph O’Connell, »Actings«, in: *Columbia Law Review* 120, Nr. 3 (2020), S. 613–728; Becca Damante, »At Least 15 Trump Officials Do Not Hold Their Positions Lawfully«, in: *Just Security* vom 17.9.2020, <https://www.justsecurity.org/72456/at-least-15-trump-officials-do-not-hold-their-positions-lawfully/> (Zugriff: 25.5.2021).

⁵⁷ Zitiert bei Mueller III, Report, aaO (FN 35), Bd. 2, S. 62.

Hinter Trumps Personalpolitik stand oftmals nicht viel mehr als der Wunsch, sich, seine Familie, seine Freunde und seine politischen Mitstreiter vor unliebsamen Enthüllungen und möglicher Strafverfolgung zu schützen. Besonders eklatant trat dies in einer Serie von Entlassungen im April und Mai 2020 zutage, als Trump der Reihe nach fünf Generalinspektoren entließ. Den Auftakt machten am 7. April die Entlassungen von Michael Atkinson, dem Generalinspektor der Nachrichtendienste, und Glenn Fine, dem amtierenden Generalinspektor des Verteidigungsministeriums. Atkinson wurde entlassen, weil er die Whistleblower-Beschwerde, die zu Trumps Impeachment in der Ukraine-Affäre geführt hatte, gegen den Willen Trumps veröffentlicht hatte. Der als unabhängig geltende Fine wäre in seiner Funktion auch Leiter einer Behörde geworden, die mit der Aufsicht über die Verteilung der 2,2 Billionen Dollar aus dem Coronahilfspaket beauftragt war, was dem Präsidenten missfallen haben soll. Christi Grimm, die geschäftsführende Generalinspektorin des Gesundheitsministeriums wurde am 1. Mai 2020 ihres Amtes enthoben, nachdem sie einen kritischen Bericht über die Schutzausrüstung und die Testkapazitäten der Krankenhäuser während der Pandemie veröffentlichte. Am 15. Mai waren dann die Generalinspektoren des Außen- und des Verkehrsministeriums an der Reihe. Steve Linick (Außenministerium) entließ Trump auf Ersuchen seines Außenministers Mike Pompeo, weil Linick gleich zwei Korruptionsuntersuchungen gegen Pompeo durchführte. Außerdem prüfte er den Vorwurf, ob Pompeo bei den Waffenkäufen an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate den Kongress unrechtmäßig umgangen hatte. Mitch Behm, amtierender Generalinspektor im Verkehrsministerium, wurde eine Korruptionsermittlung gegen Ministerin Elaine Chao zum Verhängnis. Der Ehefrau von Senatsmehrheitsführer Mitch McConnell wurde vorgeworfen, dessen Heimatstaat Kentucky begünstigt zu haben.⁵⁸

Während die Entlassungen der drei geschäftsführenden Generalinspektoren zumindest dem Buchstaben des Gesetzes (»Federal Vacancies Reform Act«) folgten, waren die Entlassungen der beiden Generalinspektoren Atkinson und Linick deutlich problematischer. Zwar wurde auch hier dem Buchstaben des betreffenden Gesetzes (»Inspector General Act«) wenigstens insoweit Rechnung getragen, als dass der Kongress wie erforderlich 30 Tage vorher von den Entlassungen in Kenntnis gesetzt wurde.⁵⁹ Die von Trump

⁵⁸ Vgl. Melissa Quinn, »The Internal Watchdogs Trump Has Fired or Replaced«, in: *CBS News* vom 19.5.2020, <https://www.cbsnews.com/news/trump-inspectors-general-internal-watchdogs-fired-list/> (Zugriff: 25.5.2021).

⁵⁹ Vgl. Todd Garvey, *Presidential Removal of IGs Under the Inspector General Act*, CRS Legal Sidebar, Washington D.C. am 22.5.2020.

angeführte unspezifische Begründung, dass er das Vertrauen in die beiden Generalinspektoren verloren habe, wurde jedoch von Senatoren beider Parteien als unzureichend gewertet. Der Republikanische Senator Chuck Grassley machte gegenüber dem Weißen Haus deutlich, dass Generalinspektoren nur aus einem »guten Grund« (»good cause«) entlassen werden dürften, weil sonst die Rechenschaftspflicht des Präsidenten Schaden nehme. Trump ließ sich jedoch auch durch eine von Grassley angedrohte Blockade anderer Nominierungen nicht beeindrucken.⁶⁰

Trumps oberste Maßregel, dass er als Präsident tun könne, was er wolle, schlug sich auch in seinem eigennützigem Gebrauch des Begnadigungsrechtes (»pardon power«) nieder. Nun ist das Begnadigungsrecht des Präsidenten tatsächlich in der Verfassung nahezu grenzenlos ausgestaltet – nur auf Amtsenthebungen und Verstöße gegen einzelstaatliche Gesetze erstreckt es sich nicht. Dennoch haben die Präsidenten vor Trump im Großen und Ganzen verantwortungsvollen Gebrauch von dieser Befugnis gemacht – wenn sie einmal ethisch fragwürdige Begnadigungen aussprachen wie George H.W. Bush zugunsten von Verteidigungsminister Caspar Weinberger im Zuge der Iran-Contra-Affäre oder Bill Clinton zugunsten des Steuerbetrügers und Demokratischen Großspenders Marc Rich, dann taten sie es zumeist am Ende ihrer Präsidentschaft. Trumps Gebrauch war demgegenüber in vieler Hinsicht ungewöhnlich: Er setzte das Begnadigungsrecht schon früh in seiner Präsidentschaft ein; er nutzte es, um politische Botschaften an seine Anhänger zu senden, nicht um erlittenes Unrecht wiedergutzumachen, und um seine politischen Gegner zu provozieren; er umging fast immer den regulären Begnadigungsprozess im Justizministerium; er »belohnte« damit Freunde und politische Bundesgenossen, die sich für ihn die Hände schmutzig gemacht hatten und stellte es anderen vorab in Aussicht, um sie zu einem Gesetzesbruch zu verleiten; ungewöhnlich häufig nutzte er Begnadigungen oder Strafmilderungen, um sich vor unliebsamen Konsequenzen zu schützen.⁶¹

Seine erste Begnadigung galt Joe Arpaio, dem berüchtigten Polizeichef von Maricopa County (Arizona), der sich einem Gerichtsbeschluss, das »Racial Profiling« zu unterlassen, widersetzt hatte. Die Begnadigung sollte die politische Botschaft senden, dass er es mit einem strikten Kurs in der Einwanderungspolitik ernstmeinte. Im Mai 2019 begnadigte Trump den Armeeeoffizier Michael Behenna, der einen Kriegsgefangenen im Irak getötet hatte, und im November desselben Jahres den »Navy-SEAL«-Zugführer Eddie

⁶⁰ Vgl. Matthew Daly, »Grassley Vows to Block Trump Nominees Over Watchdog Firings«, in: *Associated Press* vom 5.6.2020, <https://apnews.com/article/e824cfec687655a4e4507271e0b82592> (Zugriff: 25.5.2021).

⁶¹ Vgl. Bauer / Goldsmith, *After Trump*, aaO (FN 53), S. 111–131.

Gallagher, der einen gefangenen jugendlichen ISIS-Kämpfer im Irak grundlos erstochen und danach mit der Leiche posiert hatte.⁶² Trump sendete mit diesen Begnadigungen die Botschaft, dass amerikanische Soldaten Todesmaschinen (»killing machines«) seien und selbst für Kriegsverbrechen nicht bestraft werden dürften. Andere Begnadigungen kamen korrupten Politikern (Rod Blagejovic, Chris Collins, Randy »Duke« Cunningham, Duncan Hunter, Kwame Kilpatrick, Rick Renzi, Steve Stockman) zugute, betrügerischen Geschäftsleuten (Elliott Broidy, Michael R. Milken, Hillel Nahmad, Sholam Weiss), Freunden der Familie (Ken Kurson, Charles Kushner, Albert J. Pirro Jr.) und Beratern Trumps, die in der Mueller-Untersuchung oder in anderen Zusammenhängen verurteilt worden waren (Stephen K. Bannon, Michael T. Flynn, Paul Manafort, George Papadopoulos, Roger J. Stone Jr., Alex van der Zwaan).⁶³

Politisch besonders skandalös waren die Umstände der Begnadigung (»pardon«) von Trumps erstem nationalen Sicherheitsberater Michael Flynn und des Strafnachlasses (»commutation«) für den jahrzehntelangen Trump-Vertrauten Roger Stone, die beide im Umfeld der Mueller-Untersuchung verurteilt worden waren. Flynn, der gegenüber dem FBI über seine Russland-Kontakte während des Wahlkampfes 2016 gelogen hatte, begnadigte Trump im November 2020, nachdem zuvor der Versuch des Justizministers William Barr, in den Fall einzugreifen und Flynn laufenzulassen, am Widerstand eines Bundesrichters gescheitert war.⁶⁴ Roger Stone war im Dezember 2019 verurteilt worden, weil er über seine Kontakte zu WikiLeaks während des Wahlkampfes 2016 gelogen, Zeugen eingeschüchtert und die Justiz behindert hatte, um Schaden von Trump anzuwenden. Trump hatte ihm von vornherein auch öffentlich in Aussicht gestellt, dass er ihn bei einer Verurteilung begnadigen würde. Nach der Verurteilung Stones griff Trump in das laufende Verfahren der Strafzumessung ein, indem er twitterte, dass Stone ein »Opfer einer korrupten illegalen Hexenjagd« sei und er diesen »Justizirrtum« nicht stehenlassen könne. Politische Beamte im Justizministerium griffen daraufhin in den Fall ein und reduzierten das Strafmaß von den vorgeschlagenen sieben bis zehn Jahren Gefängnis auf 40 Monate. Vier Bundesstaatsanwälte zogen sich aus Protest gegen diese regelwidrige Intervention von dem Fall zurück. Kurz bevor Stone im Juli 2020 seine Haft antreten

⁶² Vgl. James P. Pfiffner, »Donald Trump and the Norms of the Presidency«, in: *Presidential Studies Quarterly* 51, Nr. 1 (2021), S. 96–124, S. 109.

⁶³ Vgl. »Here Are Some of the People Trump Pardoned«, in: *The New York Times* vom 26.1.2021, <https://www.nytimes.com/article/who-did-trump-pardon.html> (Abruf am 25. Mai 2021).

⁶⁴ Vgl. Charlie Savage, »Trump Pardons Michael Flynn, Ending Case His Justice Dept. Sought to Shut Down«, in: *The New York Times* vom 25.11.2020, <https://www.nytimes.com/2020/11/25/us/politics/michael-flynn-pardon.html> (Zugriff: 25.5.2021).

sollte, ließ ihm Trump seine Strafe nach. Senator Mitt Romney twitterte: »Beispiellose, historische Korruption: Ein amerikanischer Präsident wandelt die Strafe einer Person um, die von einer Jury der Lüge überführt wurde, um eben diesen Präsidenten zu schützen.« Einen Tag vor Weihnachten begnadigte Trump seinen langjährigen »Mann fürs Grobe« vollends.⁶⁵

Über die weiteren Normen – der Höflichkeit, der Nichtverbreitung rassistischer und fremdenfeindlicher Stereotype, der Vermeidung von Interessenkonflikten im Amt, der Orientierung an Wahrheit und wissenschaftlicher Erkenntnis, der Kooperation mit den politischen Institutionen, des Nicht-Einsatzes des Militärs im Innern, des Vertrauens in die nationalen Sicherheitsdienste – die Trump mit seiner Regierungsweise verletzte, ließe sich noch vieles sagen.⁶⁶ Dafür ist hier aber leider nicht der Platz, wesentliche Punkte sind auch schon im Zusammenhang mit Trumps autoritärer Persönlichkeit und seiner demagogischen Rhetorik angesprochen worden. Hier soll abschließend noch eine zentrale Erwartung, die Amerikaner gemeinhin an ihren Präsidenten stellen und die Trump ebenfalls nicht erfüllte, beleuchtet werden – die Erwartung nämlich, dass Präsidenten eine reibungslos funktionierende Organisation im Weißen Haus errichten und sich darum bemühen, die allerbesten Mitarbeiter (»the very best people«) einzustellen.⁶⁷

Das Chaos begann schon während des Übergangs (»transition«) ins Präsidentenamt in der zweiten Hälfte des Jahres 2016, als Trump die Planungen von Gouverneur Chris Christie über den Haufen warf und Schwiegersohn Jared Kushner sowie Vizepräsident Mike Pence mit der Aufgabe betraute.⁶⁸ Über die gesamten vier Jahre hinweg gelang es nicht, einen strukturierten Arbeitsablauf im Weißen Haus zu installieren. Reince Priebus, der erste Stabschef im Weißen Haus, wurde nach sechs Monaten entlassen, nachdem Trump seine Autorität systematisch untergraben hatte, indem er den Steve Bannon (kurz nach Priebus entlassen) zum Chefstrategen sowie Kushner und Tochter Ivanka zu Chefberatern

⁶⁵ Der Fall, einschließlich der Zitate, wird rekapituliert von Pfiffner, Donald, aaO (FN 62), S. 110 f.

⁶⁶ Das Militär setzte Trump zum Beispiel im Wahlkampf 2018 ein, als er 5.000 Soldaten an die Grenze zu Mexiko schickte, um die vermeintliche »Einwanderer-Karawane« zu stoppen – allerdings ein reiner Wahlkampf-Stunt, das Militär wurde nicht eingesetzt. Gegen Black-Lives-Matter-Demonstranten, die aus Anlass der Ermordung des Afro-Amerikaners George Floyd durch den weißen Polizisten Derek Chauvin auf den Straßen der Hauptstadt protestierten, ließ Trump das Militär und die Nationalgarde aufmarschieren. Beim Sturm auf das Kapitol hielt sich die Nationalgarde demgegenüber auffällig zurück. Gegenüber den Nachrichtendiensten als vermeintlicher Teil des »deep state« ging Trumps Misstrauen so weit, dass er deren Erkenntnisse regelmäßig ignorierte und auch nur noch sporadisch ihre Briefings nutzte. Zu diesen und anderen Beispielen Pfiffner, Donald, aaO (FN 62), S. 96–124.

⁶⁷ Vgl. David E. Lewis / Mark D. Richardson, »The Very Best People: President Trump and the Management of Executive Personnel«, in: *Presidential Studies Quarterly* 51, Nr. 1. (2021), S. 51–70.

⁶⁸ Dazu John P. Burke, »'It Went Off the Rails': Trump's Presidential Transition and the National Security System«, in: *Presidential Studies Quarterly* 48, Nr. 4 (2018), S. 832–844.

ernannt hatte. Den Nachfolgern im Amt des Stabschefs gelang es ebenso wenig, das Chaos im Weißen Haus zu bändigen. Trump verschliss in vier Jahren vier Stabschefs, fünf stellvertretende Stabschefs, vier Pressesekretäre, sechs Kommunikationsdirektoren, vier nationale Sicherheitsberater, sechs stellvertretende nationale Sicherheitsberater und fünf Direktoren der nationalen Geheimdienste. Weil Chaos »das Operationsprinzip« im Weißen Haus Trumps war, ist es auch als »die irrlichternde Präsidentschaft«⁶⁹ bezeichnet worden. »Kakistokratie«⁷⁰, Herrschaft der Schlechtesten, oder »Twitter-Präsidentschaft«⁷¹ brachte das regierende Chaos auch gut auf den Punkt.

4. Trumps bescheidene Errungenschaften und grandiose Fehlleistungen

Eine Woche vor der Präsidentschaftswahl im November 2020 nach den großen Errungenschaften der Trump-Präsidentschaft gefragt, nannten die meisten Wähler (54 Prozent) den Anstieg der Börsenkurse, gefolgt von der Schaffung von Arbeitsplätzen (46 Prozent), dem Bau der Mauer und der Senkung der Steuern (jeweils 44 Prozent). Bemerkenswert ist, dass überhaupt nur eine Leistung Trumps – die Stärkung des Aktienmarktes – von einer Mehrheit der amerikanischen Wähler als große Errungenschaft gewertet wurde. Neben 80 Prozent der Trump-Anhänger nahmen dies auch 35 Prozent der Biden-Unterstützer so wahr. Die drei anderen Errungenschaften Trumps – Arbeitsplätze, Mauer, Steuer-senkungen – waren »groß« nur im Urteil einer Minderheit der Wähler, wobei sogar nur zwischen acht und 15 Prozent der Biden-Unterstützer dies so sah. Die größten Fehlleistungen wurden von den Wählern im Management der Pandemie (62 Prozent), im Umweltschutz (60 Prozent), in der Hilfe für schwarze Amerikaner (55 Prozent), im Gesundheitsschutz von Menschen mit bestehenden Krankheiten und in der »Trockenlegung des Sumpfes« (jeweils 51 Prozent) wahrgenommen. Bemerkenswerterweise war der letzte Punkt, womit in Trumps Sprechweise die Bekämpfung der vermeintlich korrupten Eliten in Washington D.C. gemeint ist, für die meisten Republikaner (22 Prozent) die größte

⁶⁹ Kenneth R. Mayer, »The Random Walk Presidency«, in: *Presidential Studies Quarterly* 51, Nr. 1 (2021), S. 71–95.

⁷⁰ Norm Ornstein, »American Kakistocracy«, in: *The Atlantic* vom 9.10.2017, <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2017/10/american-kakistocracy/542391/> (Zugriff: 25.5.2021).

⁷¹ Brian L. Ott / Greg Dickinson, *The Twitter Presidency. Donald J. Trump and the Politics of White Rage*, New York 2019.

Fehlleistung, gefolgt vom Umweltschutz (19 Prozent) und dem Pandemiemanagement (16 Prozent).⁷²

Auch die traditionell zur Bilanzierung einer Präsidentschaft eingesetzten Messinstrumente der Wahlergebnisse, der Umfrageforschung und der Expertensurveys stellten Trump ein vernichtendes Zeugnis aus. Die pauschale Zustimmungsrates zur Amtsführung des Präsidenten war mit durchschnittlich 41 Prozent die niedrigste, die je für einen Präsidenten seit der Erfindung der Meinungsumfragen in den 1930er Jahren gemessen wurde. Trump, mit 46,2 Prozent der Stimmen ins Amt gewählt, blieb über die gesamte Amtszeit hinweg ein Minderheitspräsident – er erreichte an keinem Tag seiner Präsidentschaft die Zustimmung einer Mehrheit der Amerikaner und ging auf dem Tiefpunkt seines Ansehens mit 34 Prozent Zustimmung aus dem Amt, nachdem er auch bei seiner zweiten Präsidentschaftswahl nur eine Minderheit der Wähler (46,9 Prozent) hinter sich bringen konnte. Nur Harry Truman und Richard Nixon waren am Ende ihrer Amtszeit unpopulärer (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Zustimmungsrates der Präsidenten von Harry S. Truman bis Joe Biden (in Prozent)

Präsident	Beginn	Ende	Durchschnitt	Höchste	Niedrigste
Truman	(86)	32	45	87	22
Eisenhower	68	59	65	79	48
Kennedy	72	(58)	70	83	56
Johnson	(77)	49	55	79	35
Nixon	59	24	49	67	24
Ford	(70)	53	47	71	37
Carter	66	34	46	75	28
Reagan	51	63	53	68	35
Bush 41	51	56	61	89	29
Clinton	58	66	55	73	37
Bush 43	57	34	49	90	25
Obama	68	59	48	69	38
Trump	45	34	41	49	34
Biden	57		(56)	(57)	(54)

Anmerkung: Trumans, Johnsons und Fords Zustimmungsrates zu Beginn ihrer Präsidentschaft sind mit den anderen nur sehr bedingt vergleichbar, weil sie nicht gewählt wurden und infolge des Todes oder Rücktritts ihres Vorgängers ins Amt gelangten. Kennedys Zustimmungsrates am Ende seiner Präsidentschaft hat begrenzte Aussagekraft, weil diese ein unvorhergesehenes Ende fand. Bidens Werte beruhen auf dem Stand vom 21. April 2021 und haben folglich auch nur eine begrenzte Aussagekraft.

Quelle: Gallup, Presidential Job Approval Center, <https://news.gallup.com/interactives/185273/presidential-job-approval-center.aspx> (Abruf am 25. Mai 2021).

⁷² Vgl. Candice Jaimungal, »The Greatest Achievements and Failures of the Trump Administration According to Voters«, in: *YouGov* vom 27.10.2020, <https://today.yougov.com/topics/politics/articles-reports/2020/10/27/greatest-achievements-and-failures-trump-administr> (Zugriff: 25.5.2021).

Bemerkenswert aber war, dass Trump trotz seiner »Großen Lüge« über die Wahl und seines grotesken Putschversuches immer noch von einem Drittel der Wähler unterstützt wurde und damit auf exakt denselben Wert wie George W. Bush und Jimmy Carter kam. Dies war das Ergebnis einer extremen parteipolitischen Polarisierung, die sich während der Präsidentschaft Trumps noch weiter zugespitzt hatte. Bis zur Wahl im November standen zumeist mehr als 90 Prozent der Republikaner hinter ihm; im Januar 2021 nach dem Sturm auf das Kapitol immer noch mehr als 80 Prozent.⁷³ Auch der Achtungserfolg der Republikaner bei den Kongresswahlen war Resultat dieser extremen Polarisierung – und der verzerrten Repräsentation zugunsten der Republikaner im Kongress. Obwohl die Republikaner 4,7 Millionen Stimmen (drei Prozentpunkte) weniger als die Demokraten erzielten, gewannen sie ein Dutzend Sitze im Repräsentantenhaus hinzu. Trotzdem bleibt für Trump zu bilanzieren, dass er nach dem Repräsentantenhaus 2018 zwei Jahre später auch den Senat für die Republikaner verlor und der neugewählte Präsident Joe Biden in seinen ersten beiden Amtsjahren mit – wenn auch denkbar knappen – Demokratischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses regieren kann. Dabei war es ganz allein Trumps »Stop-the-Steal«-Kampagne zu verdanken, dass beide Senatswahlen in Georgia in der Stichwahl Anfang Januar von den Demokraten gewonnen werden konnten, was ihnen die Kontrolle über die Zweite Kammer brachte.⁷⁴

Nicht weniger katastrophal schnitt Trump in den einschlägigen Expertensurveys der Politikwissenschaftler und Historiker ab. Bisher liegen erst zwei Rankings vor, das eine nach einem Jahr unter Politikwissenschaftlern der »American Political Science Association« erhoben, das andere nach anderthalb Jahren vom »Siena College Research Institute« durchgeführt. Trump landete im ersten Ranking auf dem letzten Platz aller Präsidenten seit George Washington, im zweiten Ranking auf dem drittletzten Rang (vgl. Tabelle 2). Da seine Erfolge nach den verlorenen Halbzeitwahlen 2018, die ihm den Verlust der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus und eine geteilte Regierung (»divided

⁷³ Vgl. Gallup, Presidential Approval Ratings – Donald Trump, <https://news.gallup.com/poll/203198/presidential-approval-ratings-donald-trump.aspx> (Zugriff: 19.5.2021); Gary C. Jacobson, »Donald Trump and the Parties: Impeachment, Pandemic, Protest, and Electoral Politics in 2020«, in: *Presidential Studies Quarterly* 50, Nr. 4 (2020), S. 762–795.

⁷⁴ Siehe Barry Burden, »The 2020 Presidential Election Verdict«, in: *Presidential Studies Quarterly*, Early View, 22.4.2021, DOI: 10.1111/psq.12715, S. 19 f.

government«) bescherten⁷⁵, eher weniger als mehr wurden und seine Fehlleistungen zunahmen, dürfte Trump auf absehbare Zeit am Ende der Rankings verharren.⁷⁶

Tabelle 2: Experten-Rankings der Präsidenten von Franklin D. Roosevelt bis Donald J. Trump

Präsident	SCRI 2018*	APSA 2018**	C-Span 2017
Roosevelt	2 (-1)	3 (0)	3
Truman	9 (0)	6 (0)	6
Eisenhower	6 (+4)	7 (0)	5
Kennedy	10 (-1)	16 (-2)	8
Johnson	16 (0)	10 (-2)	10
Nixon	29 (+1)	33 (+1)	28
Ford	27 (+1)	24 (0)	25
Carter	26 (+6)	26 (0)	26
Reagan	13 (+5)	11 (0)	9
Bush 41	21 (+1)	17 (0)	20
Clinton	15 (-2)	13 (-5)	15
Bush 43	33 (+6)	30 (+5)	33
Obama	17 (-2)	8 (+10)	12
Trump	42	44	-

Anmerkungen: * = in Klammern Vergleich zu 2010; ** = in Klammern Vergleich zu 2014.

Die Grundgesamtheit, auf die sich der Rang bezieht, sind alle 45 Präsidenten seit George Washington; faktisch sind es 44 Personen, weil Grover Cleveland (Präsident von 1885 bis 1889 und von 1893 bis 1897) nach einer Unterbrechung von vier Jahren ein zweites Mal in das Präsidentenamt gewählt wurde.

Quellen: Siena College Research Institute (SCRI), Survey of U.S. Presidents, 13. Februar 2019, <https://scri.siena.edu/wp-content/uploads/2019/02/Presidents-2018-Rank-by-Category.pdf>; Brandon Rottinghaus / Justin S. Vaughn, How Does Trump Stack Up Against the Best – and Worst – Presidents?, in: The New York Times online vom 19. Februar 2018, <https://www.nytimes.com/interactive/2018/02/19/opinion/how-does-trump-stack-up-against-the-best-and-worst-presidents.html>; C-SPAN, Presidential Historians Survey, 17. Februar 2017, <https://www.c-span.org/presidentsurvey2017/> (Abruf jeweils am 9. Mai 2021).

Noch das positivste Bild der Präsidentschaft Trumps – allerdings nur auf den ersten Blick – vermittelten quantitative Indizes, die den Erfolg des Präsidenten bei Abstimmungen im Kongress und bei der Verabschiedung bedeutsamer Gesetze zu ermitteln suchten. So wurden für Trump in den ersten beiden Jahren seiner Präsidentschaft, als er noch über Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses (»unified government«) verfügte, Rekordwerte bei den Abstimmungserfolgen im Kongress von 98,7 Prozent (2017) und 93,4 Prozent (2018) ermittelt. Diese hohen Werte sagten aber tatsächlich weniger etwas über den Erfolg Trumps im Kongress aus als über die methodischen Probleme des Messverfahrens.

⁷⁵ Vgl. Patrick Horst, »Halbzeitwahlen 2018 in den USA. Ausbalancierung Trumps bei Wahlbeteiligung und Ausgaben in Rekordhöhe – Demokraten erobern das Repräsentantenhaus, sieben Gouverneursämter und sechs Staatenhäuser«, in: *Zeitschrift für Politik* 66 NF, Nr. 1 (2019), S. 34–62.

⁷⁶ Vgl. Horst, Halbzeitbilanz, aaO (FN 2), S. 3 ff.

Trumps unkenntliche und schwankende Position in vielen Abstimmungsfragen und die Tatsache, dass er oft überhaupt gar keine Position bezog, verfälschten diesen ehrwürdigen Index.⁷⁷ Ähnliches gilt für die Liste wichtiger und besonders wichtiger (»historischer«) Gesetze, die David Mayhew für jeden Kongress seit 1947 ermittelt hat und mit der er den gesetzgeberischen Erfolg eines jeden Präsidenten im Kongress beschreiben möchte. Auch hier schnitt Trump zumindest bei den besonders wichtigen Gesetzen ungewöhnlich gut ab; in den vier Jahren seiner Präsidentschaft verabschiedete der Kongress acht besonders wichtige Gesetze – so viele wie unter Präsident George W. Bush in acht Jahren. Unter keinem Präsidenten der Nachkriegszeit wurden mehr bedeutende Gesetze vom Kongress verabschiedet als in den vier Jahren unter Trump. Auch die 19 wichtigen Gesetze lagen etwa im üblichen Rahmen für vier Jahre (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Die fünf Präsidenten der Nachkriegszeit, in deren Amtszeit der Kongress den größten Output historischer / wichtiger Gesetze zustande brachte, 1947 bis 2020

Präsident	historische / wichtige Gesetze	historische Gesetze laut <i>David Mayhew</i>
1. George W. Bush (2001 bis 2008)	8 / 45	Bush Tax Cut (2001), Use of Force Resolution (2001), USA Patriot Act (2001), Iraq Resolution (2002), New Homeland Security Department (2002), Medicare Reform (2003), Housing Relief Program (2008), Bank Bailout (2008)
2. Donald J. Trump (2017 bis 2020)	8 / 19	Tax Reform (2017), 16 Executive Regulations Repealed Through Use of CRA (2017), Omnibus Appropriations Package (2019), COVID 1, COVID 2, COVID 3, COVID 4, COVID 5 (alle 2020)
3. Lyndon Johnson (1964 bis 1968)	7 / 38	Civil Rights Act (1964), Economic Opportunity Act (1964), Tax Cut (1964), Medicare (1965), Voting Rights Act (1965), Elementary and Secondary Education Act (1965), Open Housing Act (1968)
4. Barack Obama (2009 bis 2016)	6 / 39	Stimulus Bill (2009), Health Care Overhaul (2010), Financial Regulatory Overhaul (2010), Bipartisan Tax Deal (2010), Debt Ceiling Deal (2011), Fiscal Cliff Deal (2013)
5. Bill Clinton (1993 bis 2000)	5 / 37	Omnibus Deficit Reduction Act (1993), NAFTA (1993), Welfare Reform (1996), Telecommunications Reform (1996), Budget Balancing Deal (1997)
6. Truman (1947 bis 1952): 4 / 24, 7. Reagan (1981 bis 1988): 3 / 34, 8. Kennedy (1961 bis 1963): 2 / 19, 9. G.H.W. Bush (1989 bis 1992): 2 / 15, 10. Nixon (1969 bis 1974): 1 / 59, 11. Eisenhower (1953 bis 1960): 1 / 30, 12. Carter (1977 bis 1980): - / 22, 13. Ford (1975 bis 1976): - / 14.		

Quelle: David R. Mayhew, *Divided We Govern. Party Control, Lawmaking, and Investigations, 1946 – 2002*, New Haven 2005. Die Liste der »important enactments« von 2003 bis 2018 findet

⁷⁷ Siehe dazu bereits ebenda, S. 23 ff. und die dort referenzierte Literatur.

sich unter <https://campuspress.yale.edu/davidmayhew/datasets-divided-we-govern/>. Die Liste der »important enactments« 2019/20 findet sich unter <https://works.bepress.com/david-mayhew/410/> (Zugriff: 9.5.2021).

Die bloße Anzahl der vom Kongress verabschiedeten historischen Gesetze rechtfertigt jedoch noch kein Urteil darüber, ob eine Präsidentschaft als historisch oder transformativ einzuordnen ist.⁷⁸ Dazu bedarf es einer Einordnung in den historischen Kontext und auch qualitativer Studien über die Gesetzesarbeit im Kongress und die Rolle, die der Präsident dabei spielte. Gesetze können mit oder gegen einen Präsidenten gemacht werden; sie können auch ganz ohne seine Beteiligung erarbeitet und verabschiedet werden. Bei Trump, der sich – siehe oben Regel fünf bei Spitzer – für Politikinhalt nicht interessierte, traf vor allem Letzteres zu. Einzig bei seinem »Meisterstück«, der Steuerreform 2017, zeigte sich Trump etwas aktiver und mit konkreten inhaltlichen Zielen. Trotzdem und trotz eines Republikanisch kontrollierten Kongress stand das Gesetz mehrmals kurz vor dem Scheitern. Am Ende musste Trump, der noch weitergehende Steuerkürzungen vorgeschlagen hatte, erhebliche Abstriche von seinen Zielen machen.⁷⁹ Schon bei seinem zweiten großen Vorhaben für 2017 war Trump aber »missing in action«. Er hatte weder ein Konzept für den »American Health Care Act« noch zeigte er sich an den Verhandlungen über den Gesetzentwurf interessiert. Weil er zudem die Verhandlungen im Kongress in der entscheidenden Phase torpedierte, wurde die gescheiterte Reform von »Obamacare« zur größten Fehlleistung Trumps im ersten Jahr seiner Präsidentschaft.⁸⁰ Im zweiten Jahr brachte er dann nicht viel mehr zustande als den längsten »Government Shutdown« in der Geschichte der USA, der vom 22. Dezember 2018 bis zum 5. Januar 2019 währte. Seine Ziele, vor allem die zusätzlichen Mittel für den Bau der Mauer, konnte er aber trotzdem nicht durchsetzen, weshalb er im Februar einen willkürlichen nationalen Notstand an der Grenze erklärte, um Mittel aus dem Verteidigungshaushalt in den Mauerbau umleiten zu können. Der Schritt war verfassungsrechtlich hoch umstritten und schadete darüber hinaus der Wehrbereitschaft des Militärs, an der Trump doch angeblich so viel lag.⁸¹

Alle weiteren »historischen« Gesetze, die der Kongress unter Trump verabschiedete, kamen ohne größeren Input des Präsidenten aus. Das galt schon für das zweite »historische«

⁷⁸ Vgl. dazu schon Patrick Horst, »Bilanz der Präsidentschaft Barack Obamas: kein transformativer, aber ein effektiver und mutiger Leader«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48, Nr. 2 (2017), S. 397–422.

⁷⁹ Vgl. George C. Edwards III, »Was Donald Trump an Effective Leader of Congress?«, in: *Presidential Studies Quarterly* 51, Nr. 1 (2021), S. 4–34, S. 13 f.

⁸⁰ Dazu Steven E. Schier / Todd E. Eberly, *The Trump Presidency: Outsider in the Oval Office*, Lanham 2017, S. 60–66.

⁸¹ Vgl. Mayer, Random Walk, aaO (FN 69), S. 77 ff.

Gesetzespaket aus Trumps erstem Jahr: den Widerruf der 16 Regulierungen Obamas über den »Congressional Review Act« (CRA). Die innovative Nutzung dieses Instruments war das Verdienst der Republikaner im Kongress, die hier auch ihre wirtschaftspolitische Orthodoxie verfolgten. Noch viel weniger beteiligt war Präsident Trump am Omnibus-Bewilligungsgesetz des Jahres 2019 und an den fünf Corona-Hilfspaketen des Jahres 2020. Im März und April 2020, als die ersten vier von ihnen mit einem Gesamtumfang von 2,8 Billionen Dollar verabschiedet wurden, war Trump nach eigenem Eingeständnis noch damit beschäftigt, die Gefahr des Coronavirus herunterzuspielen.⁸² Die Verhandlungen über die Hilfspakete führten Demokraten und Republikaner, allen voran Speaker Nancy Pelosi und Senatsmehrheitsführer Mitch McConnell. Wenn die Kongressvertreter mit der Regierung verhandeln mussten, dann wendeten sie sich an Finanzminister Steven Mnuchin. Trumps Vorschlag einer breiten Lohnsteuersenkung fand weder bei Republikanern noch Demokraten Unterstützung. Insgesamt spiegelten sich vor allem in dem großen, 2,2 Billionen Dollar an Hilfsleistungen umfassenden »CARES Act« mit der Ausweitung der Arbeitslosenversicherung, den Hilfen für die Einzelstaaten und die Anbieter von Gesundheitsleistungen deutlich stärker Demokratische als Republikanische Prioritäten wider. Das galt auch für den Barscheck im Umfang von 1.200 Dollar, den Erwachsene mit einem Haushaltseinkommen von unter 75.000 Dollar erhielten. Trump ließ es sich aber nicht nehmen, auf jeden Scheck seine Unterschrift drucken zu lassen, um für diese Wohltat den Kredit beanspruchen zu können.⁸³

Trotz fünf »historischer« Hilfspakete des Kongresses wurde Trumps Corona-Krisenmanagement zur »Apotheose des Versagens«⁸⁴. Sein grandioses Scheitern im Umgang mit dieser Jahrhundertherausforderung war aufgrund seiner Inkompetenz und schweren Charaktermängel vorgezeichnet. Um die amerikanische Bevölkerung wirksam schützen zu können, hätte Trump früh die Gefahr des Virus anerkennen und sein Land in einen konsequenten Lockdown führen müssen. Er hätte auf den Rat seiner Gesundheitsexperten hören müssen statt auf seine Intuition, die ihm sagte, dass ein Lockdown ihm die Argumente für seine Wiederwahl (boomender Aktienmarkt, historisch niedrige Arbeitslosigkeit, solides Wirtschaftswachstum) aus der Hand schlagen würde. Und er hätte, nachdem der Lockdown dann mehr oder weniger von den steigenden Inzidenzen und Todesfällen erzwungen wurde, nicht wieder so schnell auf eine Öffnung drängen dürfen. All dies war

⁸² Vgl. Woodward, Rage, aaO (FN 36).

⁸³ Vgl. Edwards III, Was Donald, aaO (FN 79), S. 16.

⁸⁴ Mayer, Random Walk, aaO (FN 69), S. 88.

ihm unmöglich – genauso wie ein beständiges, einer klaren Richtschnur und einem konsistenten »Messaging« folgendes Krisenmanagement. So beanspruchte Trump an einem Tag (13. April 2020) »totale Autorität« über die Öffnungsentscheidung, am nächsten Tag wies er die Verantwortung den Gouverneuren der Einzelstaaten zu.⁸⁵ Sein erratisches und unberechenbares Verhalten – gepaart mit den ständigen Beleidigungen seiner Verhandlungspartner – wurde ihm dann auch im Sommer und Oktober 2020 in den Verhandlungen mit den Kongressführern beider Parteien über ein fünftes Coronahilfspaket zum Verhängnis. Am Ende stand Trump mit leeren Händen vor den Wählern, die ihm ihre Quittung ausstellten. Das fünfte, 900 Milliarden Dollar Hilfspaket wurde dann – bereits unter tatkräftiger Mithilfe des neugewählten Präsidenten Joe Biden – von einem »Lame-Duck«-Kongress im Dezember verabschiedet.⁸⁶

Eine innenpolitische Errungenschaft Trumps – aus seiner Sicht sowie derjenigen Mitch McConnells und sozialkonservativer Republikaner wahrscheinlich die bedeutendste – soll am Ende dieses Abschnitts nicht unterschlagen werden. Dank der Abschaffung des Filibuster⁸⁷ für Richternennungen im Jahre 2013 durch die Demokraten – von den Republikanern 2017 dann postwendend auf die Supreme-Court-Richter ausgedehnt – war es Trump möglich, eine Rekordzahl konservativer Richter zu nominieren: drei für den Supreme Court, 54 für die Berufungsgerichte und 174 für die Bezirksgerichte. Das ist seit Ronald Reagan unter Berücksichtigung der Amtszeiten die beste Bilanz – Jimmy Carter war der letzte Präsident, der mehr Berufungs- und Bezirksrichter ernannte, aber keinen Richter am Supreme Court (vgl. Tabelle 4). Mit der Wahl von Amy Coney Barrett, die Ruth Bader Ginsburg ersetzte, gelang es den Republikanern, die konservative Mehrheit am Obersten Gericht auf sechs zu drei auszubauen. Trumps Richterernennungen waren zudem überdurchschnittlich jung, was ihnen potentiell eine lange Wirkungsmöglichkeit gibt. Die drei neuen Richter am Supreme Court waren bei ihrer Ernennung im Durchschnitt 50 Jahre alt. Da Trump jedoch nur vier Jahre amtierte, gelang ihm letztlich auch die angestrebte Umgestaltung der Gerichte nicht. Im Januar 2021 hatte Trump 30 Prozent der aktiven Berufungsrichter und 27 Prozent der aktiven Bezirksrichter ernannt. Auf die gesamte Bundesrichterschaft bezogen hatten Trump 28, Obama 38, George W. Bush 20, Bill Clinton elf, George H.W. Bush und Ronald Reagan jeweils zwei Prozent der aktiven

⁸⁵ Vgl. Jacobson, Donald, aaO (FN 73), S. 777 f.

⁸⁶ Vgl. Mayer, Random Walk, aaO (FN 69), S. 76 f.; Edwards III, Was Donald, aaO (FN 79), S. 16–20.

⁸⁷ Eine Geschäftsordnungsregel im Senat, die 60 Stimmen verlangt, um den Schluss der Debatte beantragen und abstimmen zu können. Vgl. Florian Gawehns, »Goodbye Filibuster? Institutioneller Wandel im polarisierten Senat«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 50, Nr. 4 (2019), S. 830–851.

Richter ernannt. Die Richterschaft ist damit parteipolitisch sehr ausgewogen besetzt: 51 Prozent der aktiven Richter sind von Republikanischen, 49 Prozent von Demokratischen Präsidenten ernannt worden.⁸⁸

Tabelle 4: Von den Präsidenten ernannte und vom Senat bestätigte Richter, Zeitraum: Jimmy Carter bis Donald J. Trump

	Supreme-Court-Richter	Berufungsrichter	Bezirksrichter
Carter (1977 bis 1981)	0	59	203
Reagan (1981 bis 1989)	3	83	290
Bush 41 (1989 bis 1993)	2	42	148
Clinton (1993 bis 2001)	2	66	305
Bush 43 (2001 bis 2009)	2	62	261
Obama (2009 bis 2017)	2	55	268
Trump (2017 bis 2021)	3	54	174

Quelle: John Gramlich, *How Trump*, aaO (FN 88).

Neben der quantitativen gibt es jedoch auch eine qualitative Bilanz von Trumps Richterernennungen, die weit weniger positiv ausfällt. In Zusammenarbeit mit Senatsmehrheitsführer McConnell politisierte Trump die Richterernennungen in einem Maße, die eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter und die Legitimität der Gerichte darstellte.⁸⁹ Das begann bereits im Wahlkampf 2016, als sich Präsidentschaftskandidat Trump und McConnell entschieden, Präsident Obamas hochrespektablen Kandidaten Merrick Garland für den freigewordenen Sitz von Richter Antonin Scalia am Supreme Court zu blockieren, obwohl diese Nominierung acht Monate vor der Wahl erfolgte. Diese Totalblockade war präzedenzlos und ein Verstoß gegen die »Advice-and-Consent«-Norm der Verfassung, weshalb der Sitz von Neil Gorsuch am Supreme Court nicht nur den Herausgebern der New York Times als »gestohlener Sitz«⁹⁰ gilt. Brett Kavanaugh's Nominierung im Oktober 2018 nach dem Rückzug von Richter Anthony Kennedy wurde von Trump genauso für den Wahlkampf instrumentalisiert wie Amy Coney Barretts Nominierung zwei Jahre später. Alle von Trump nominierten Richter am Supreme Court wurden mit denkbar knappsten Mehrheiten im Senat gewählt: Gorsuch

⁸⁸ Vgl. John Gramlich, »How Trump Compares With Other Recent Presidents in Appointing Federal Judges«, Pew Research Center Fact Tank vom 13.1.2021, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2021/01/13/how-trump-compares-with-other-recent-presidents-in-appointing-federal-judges/> (Zugriff: 25.5.2021).

⁸⁹ Vgl. Adorf / Horst, *Zerreißprobe*, aaO (FN 6), S. 91–108.

⁹⁰ The Editorial Board, »The Stolen Supreme Court Seat«, in: *The New York Times* vom 24.12.2016, <https://www.nytimes.com/2016/12/24/opinion/sunday/the-stolen-supreme-court-seat.html> (Zugriff: 25.5.2021).

unterstützten nur drei Demokraten, Kavanaugh ein und Coney Barrett kein Demokrat. Die drei von Trump nominierten Supreme-Court-Richter erhielten weniger Stimmen der Opposition als jeder andere Richter in der Geschichte der USA seit der »Reconstruction«-Ära.⁹¹

5. Trumps anhaltende Gefahr für die US-Demokratie

Trump's Präsidentschaft war ein Desaster, das viele kommen sahen, aber zu wenige verhindern konnten oder wollten. Das Unheil nahm seinen Lauf mit Trumps Ankündigung seiner Präsidentschaftskandidatur im Juni 2015, als er Einwanderer aus Mexiko pauschal als Verbrecher und »Vergewaltiger« denunzierte.⁹² Trotz Trumps offen zutage liegender Charakterdefizite, die vor allem in seiner kriminellen und autoritären Veranlagung bestehen, und seiner demagogischen, volksverhetzenden Rhetorik eroberte er prompt die Spitze des Republikanischen Bewerberfeldes in den Meinungsumfragen. Die Republikanische Partei erwies sich als unfähig, Trump in den Vorwahlen zu stoppen. Dies verweist auf die Mängel des Nominierungsprozesses von Präsidentschaftskandidaten in den USA⁹³, auf die innere Zerstrittenheit und vor allem auf das Demokratieproblem großer Teile der Republikanischen Partei, die auch schon als »semi-demokratische Partei«⁹⁴ beschrieben worden ist.

Die vier Jahre von Donald Trump im höchsten Amt der Vereinigten Staaten von Amerika waren von Anfang bis Ende eine Zerreißprobe für die Demokratie. Schon die Eroberung des Präsidentenamtes gelang nur aufgrund illegaler Einmischungen von Russland und WikiLeaks sowie einer hochgradig problematischen Intervention des FBI in den Wahlkampf. Trump gewann das Präsidentenamt mit drei Millionen Stimmen weniger als Hillary Clinton und galt vielen von Anbeginn als »illegitimer Präsident«. Das Damoklesschwert der Amtsenthebung hing vom ersten Tag seiner Präsidentschaft über ihm. Auch wenn es weder der Mueller-Investigation noch den beiden Amtsenthebungsklagen

⁹¹ Vgl. Sarah Binder, »Barrett Is the First Supreme Court Justice Confirmed Without Opposition Support Since 1869«, in: *The Washington Post* vom 27.10.2020, <https://www.washingtonpost.com/politics/2020/10/27/barrett-is-first-supreme-court-justice-confirmed-without-opposition-support-since-least-1900/> (Zugriff: 25.5.2021).

⁹² Vgl. Horst, Revolte, aaO (FN 28), S. 154.

⁹³ Vgl. Patrick Horst, »Die Präsidentschaftsvorwahlen der Demokraten 2020 – eine Rückkehr zur parteielitengesteuerten Kandidatennominierung vor 2016«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 52, Nr. 1 (2021), S. 244–262.

⁹⁴ Philipp Adorf, *Die Republikanische Partei in den USA*, München 2019.

gelang, den Republikanisch kontrollierten Senat zur Amtsenthebung Trumps zu bringen, so fällt das historische Urteil über den 45. Präsidenten dennoch vernichtend aus. In beiden Amtsenthebungsverfahren befanden neben allen Demokraten mindestens ein Republikaner den Präsidenten des Verstoßes gegen die Verfassung für schuldig: Mitt Romney im ersten Impeachment (Machtmissbrauch), Richard Burr, Bill Cassidy, Susan Collins, Lisa Murkowski, Mitt Romney, Ben Sasse und Patrick Toomey im zweiten Impeachment (Aufstachelung zum Aufruhr).

Obwohl Trumps Putsch, der fünf Menschen das Leben kostete, scheiterte und der Machtwechsel zu Joe Biden vollzogen werden konnte, bleibt doch die Tatsache bestehen, dass dieser Machtwechsel eben nicht so friedlich war, wie es einer konsolidierten Demokratie geziemt. Trump erkennt, obwohl er das Weiße Haus räumte, bis heute den Wahlsieg Bidens nicht an. Laut Umfragen folgen ihm gut 70 Prozent der Republikaner in dieser Sichtweise. Aufgrund seiner nach wie vor unvermindert hohen Popularität bei der Republikanischen Parteibasis kontrolliert der Ex-Präsident auch nach wie vor den Kurs der Republikanischen Partei. Nicht korrumpierbare Republikaner wie Liz Cheney im Repräsentantenhaus oder Mitt Romney im Senat sind, weil sie von Trump unaufhörlich mit Beleidigungen überzogen werden, fast schon zu Parias innerhalb der Partei geworden. Die flächendeckende Kampagne zur Einschränkung des Wahlrechts, welche die Republikaner in den Einzelstaaten mit Jahresbeginn starteten, weist daraufhin, dass die Partei auch weiterhin ihren antidemokratischen Kurs beibehalten möchte. Die USA werden ihre Demokratiekrise erst überstanden haben, wenn die Republikanische Partei in ihrer Mehrheit auf den Boden der Verfassung zurückgekehrt ist.⁹⁵

⁹⁵ Vgl. zum Ganzen vertiefend Adorf / Horst, Zerreißprobe, aaO (FN 6), S. 179–245.